

[Mobile book] Das Trennungsgebot zwischen Polizei und Nachrichtendiensten: Im Lichte aktueller Herausforderungen des Sicherheitsrechts (Rechtspolitisches Symposium / Legal Policy Symposium) (German Edition)

# Das Trennungsgebot zwischen Polizei und Nachrichtendiensten: Im Lichte aktueller Herausforderungen des Sicherheitsrechts (Rechtspolitisches Symposium / Legal Policy Symposium) (German Edition)

Christoph Strei

audiobook / \*ebooks / Download PDF / ePub / DOC

Rechtspolitisches Symposium  
Legal Policy Symposium

Herausgegeben im Institut für Rechtspolitik an der Universität Trier  
von Bernd von Hoffmann und Gerhard Robbers

Band 12



DOWNLOAD



+

READ ONLINE

2011-06-17Original language:GermanPDF # 1 8.50 x .87 x 5.87l, .0 #File Name: 3631607504262 pages |  
File size: 73.Mb

Christoph Strei : Das Trennungsgebot zwischen Polizei und Nachrichtendiensten: Im Lichte aktueller Herausforderungen des Sicherheitsrechts (Rechtspolitisches Symposium / Legal Policy Symposium) (German Edition)

before purchasing it in order to gauge whether or not it would be worth my time, and all praised Das Trennungsgebot zwischen Polizei und Nachrichtendiensten: Im Lichte aktueller Herausforderungen des Sicherheitsrechts (Rechtspolitisches Symposium / Legal Policy Symposium) (German Edition):

Zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus hat Deutschland die Befugnisse der Sicherheitsbehörden in den letzten Jahren sukzessive erweitert sowie deren Zusammenarbeit verstärkt. Die neue Sicherheitsarchitektur wirft Fragen hinsichtlich des Verhältnisses von Polizei und Nachrichtendiensten auf. Vor diesem Hintergrund untersucht die Arbeit das Trennungsgebot zwischen Polizei und Nachrichtendiensten im Verhältnis von Sicherheit und Freiheit. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, ob dem Trennungsgebot neben den Grundrechten und anderen rechtlichen Instrumenten des Polizei-, Nachrichtendienst- und Datenschutzrechts eine eigene Funktion zukommt. Mit der präsidentiven Gefahr wird zudem ein neuer Gefahrenbegriff entwickelt, um den Besonderheiten der terroristischen Bedrohung gerecht zu werden.